

das Datenmanagement

Balaton Fishing GmbH (Sitz: 8242 Balatonudvari Balaton u. 8. im Folgenden als "für die Verarbeitung Verantwortlicher" bezeichnet), als die www.kisleshegy.hu (nachstehend "Website" genannt) veröffentlicht hiermit Informationen über die Verarbeitung von Daten im Rahmen der auf der Website verfügbaren Dienste und anderer vom für die Verarbeitung Verantwortlichen bereitgestellter Dienste.

Nutzer, die auf die Website zugreifen (im Folgenden als "Nutzer" bezeichnet), akzeptieren alle in diesem Datenschutzhinweis (im Folgenden als "Hinweis" bezeichnet) dargelegten Bestimmungen und Bedingungen und werden daher gebeten, diesen Hinweis vor der Nutzung der Website sorgfältig zu lesen.

1) DIE DATEN DES INHABERS DER DATENVERARBEITUNG

Der Inhaber der Datenverarbeitung ist Balaton Fishing GmbH.
Eingetragener Sitz: 8242 Balatonudvari Balaton u. 8.
E-Mail-Adresse: info@kisleshegy.hu
Telefon: +36-30-686-5488
Steuernummer: 23857755-2-19
Registrierungsnummer des Unternehmens: 12-09-009178

2) INFORMATIONEN ÜBER DIE DATENVERARBEITUNG

Unterkunft buchen

Umfang der verarbeiteten Daten:

Auf der Buchungsschnittstelle der Website hat der Nutzer die Möglichkeit, seine Daten anzugeben, um ein Zimmer in einer vom für die Verarbeitung Verantwortlichen betriebenen Unterkunft zu buchen (im Folgenden: Unterkunftsbuchung).

Die folgenden personenbezogenen Daten können bei der Buchung der Unterkunft angegeben werden (die mit * gekennzeichneten Daten sind obligatorisch):

- vollständiger Name*;
- E-Mail Adresse*;
- Rufnummer*;
- Anzahl der Nächte*;
- Rechnungsangaben (Rechnungsname, Rechnungsadresse)*;
- Anzahl und Name der Gäste*

Zweck der Datenverarbeitung: Der Zweck der Datenverarbeitung ist die Verwaltung der Reservierung, der Kontakt mit dem Nutzer und die Registrierung und Erfüllung des Vertrags über die Nutzung der Unterkunftsdienste.

Dauer der Bearbeitung. Um der Aufbewahrungspflicht des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen nachzukommen, bewahrt der für die Datenverarbeitung Verantwortliche den Namen und die Anschrift des Nutzers auf dem Buchungsbeleg 8 Jahre lang auf, und zwar ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Buchführungspflicht gemäß Artikel 169 des Gesetzes C. über die Buchführung (im Folgenden: Buchführungsgesetz).

Die Rechtsgrundlage der Verarbeitung. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Buchhaltungsunterlagen ist die gesetzliche Vorschrift, die eine obligatorische Datenverarbeitung vorschreibt, d.h. § 169 des Rechnungslegungsgesetzes.

Nur Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, sind berechtigt, Daten auf der Website einzugeben. Die Nutzer dürfen auf der Website nur ihre eigenen persönlichen Daten angeben. Wenn sie ihre eigenen personenbezogenen Daten nicht zur Verfügung stellen, ist der Datenanbieter verpflichtet, die Zustimmung der betroffenen Person einzuholen.

3) PERSONENBEREICH ZUM ZUGRIFF AUF PERSONENBEZOGENE DATEN, DATENVERARBEITUNG

Der für die Verarbeitung Verantwortliche und seine Auftragsverarbeiter sind berechtigt, nach Maßgabe des geltenden Rechts auf personenbezogene Daten zuzugreifen.

Die Daten werden von den folgenden Auftragsverarbeitern verarbeitet, die im Auftrag des für die Verarbeitung Verantwortlichen handeln:

3 in 1 Hosting Bt.,

Anschrift: 2310 Szigetszentmiklós, Dévai utca 10/A

E-Mail: admin@megacp.com

Zweck der Datenverarbeitung: Bereitstellung und Betrieb eines Online-Reservierungssystems

Der für die Verarbeitung Verantwortliche behält sich das Recht vor, in Zukunft weitere Datenverarbeiter einzubeziehen, worüber er die Nutzer durch Änderung dieses Hinweises informieren wird.

In Ermangelung einer ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung gibt der für die Verarbeitung Verantwortliche personenbezogene Daten nur mit ausdrücklicher Zustimmung des betreffenden Nutzers an Dritte weiter.

4) BENUTZERRECHTE

Zugang zu personenbezogenen Daten

Der für die Verarbeitung Verantwortliche teilt dem Nutzer auf dessen Anfrage hin mit, ob er seine personenbezogenen Daten verarbeitet, und wenn ja, gewährt er ihm Zugang zu den personenbezogenen Daten und informiert den Nutzer über die folgenden Informationen:

- den/die Zweck(e) der Verarbeitung;
- die Arten von personenbezogenen Daten, die von der Verarbeitung betroffen sind;
- wo die personenbezogenen Daten des Nutzers übermittelt werden, die Rechtsgrundlage und der/die Empfänger der Übermittlung;
- die vorgesehene Dauer der Verarbeitung;
- die Rechte des Nutzers in Bezug auf die Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten sowie das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung von personenbezogenen Daten;
- die Möglichkeit, sich an die Behörde zu wenden;
- die Quelle der Daten;
- einschlägige Informationen zur Profilerstellung;
- die Namen, Anschriften und Tätigkeiten der Datenverarbeiter im Zusammenhang mit der Verarbeitung.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche stellt dem Nutzer unentgeltlich eine Kopie der personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, zur Verfügung. Für zusätzliche Kopien, die der Nutzer beantragt, kann der für die Verarbeitung Verantwortliche eine angemessene Gebühr auf der Grundlage der Verwaltungskosten erheben. Hat der Nutzer den Antrag auf elektronischem Wege gestellt, so werden die Informationen in einem allgemein gebräuchlichen elektronischen Format bereitgestellt, sofern die betroffene Person nichts anderes verlangt.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche hat unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach der Anfrage in verständlicher Form auf Anfrage des Nutzers. Der Nutzer kann einen Antrag auf Zugang über die in Punkt 1 genannten Kontaktdaten stellen.

Berichtigung der verarbeiteten Daten

Der Nutzer kann den für die Verarbeitung Verantwortlichen (unter Verwendung der unter Punkt 1 angegebenen Kontaktdaten) auffordern, unrichtige personenbezogene Daten zu berichtigen oder unvollständige Daten zu vervollständigen, wobei der Zweck der Verarbeitung zu berücksichtigen ist. Der für die Verarbeitung Verantwortliche nimmt die Berichtigung ohne unangemessene Verzögerung vor.

Löschung (Recht auf Vergessenwerden), Sperrung der verarbeiteten Daten

Der Nutzer kann verlangen, dass der für die Datenverarbeitung Verantwortliche die ihn betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich löscht, und der für die Datenverarbeitung Verantwortliche ist verpflichtet, die ihn betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich zu löschen, wenn einer der folgenden Gründe vorliegt:

- (a) die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben oder anderweitig verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind;
- b) der Nutzer seine Einwilligung widerruft und es keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung gibt;
- c) der Nutzer der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten widerspricht;
- (d) die Verarbeitung der personenbezogenen Daten unrechtmäßig ist;
- (e) die personenbezogenen Daten müssen gelöscht werden, um einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten nachzukommen, dem der für die Verarbeitung Verantwortliche unterliegt;
- (f) die personenbezogenen Daten auf der Grundlage einer Einwilligung im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Diensten der Informationsgesellschaft für Kinder erhoben wurden.

Hat der für die Verarbeitung Verantwortliche die personenbezogenen Daten weitergegeben (Dritten zugänglich gemacht) und ist er gemäß dem Vorstehenden zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, um die für die Verarbeitung Verantwortlichen, die die betreffenden personenbezogenen Daten verarbeiten, davon in Kenntnis zu setzen, dass der Nutzer sie aufgefordert hat, die Verknüpfungen zu den betreffenden personenbezogenen Daten oder eine Kopie oder ein Duplikat dieser personenbezogenen Daten zu löschen.

Die personenbezogenen Daten müssen nicht gelöscht werden, wenn die Verarbeitung erforderlich ist:

- das Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit auszuüben;
- zur Erfüllung einer Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten, dem der für die Verarbeitung Verantwortliche unterliegt, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem für die Verarbeitung Verantwortlichen übertragen wurde;
- aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit;
- zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivierungszwecken, zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken, wenn ein berechtigtes Interesse an der Löschung eine solche Verarbeitung voraussichtlich unmöglich machen oder ernsthaft gefährden würde; oder
- für die Begründung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Beschränkungen der Datenverarbeitung

Der Nutzer hat das Recht, von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen zu verlangen, die Verarbeitung personenbezogener Daten einzuschränken, anstatt sie zu berichtigen oder zu löschen, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- der Nutzer bestreitet die Richtigkeit der personenbezogenen Daten; in diesem Fall gilt die Einschränkung für den Zeitraum, der es dem für die Verarbeitung Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist und der Nutzer sich der Löschung der Daten widersetzt und stattdessen die Einschränkung ihrer Verwendung verlangt;
- der für die Verarbeitung Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht mehr benötigt, der Nutzer sie aber zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt; oder
- der Nutzer hat der Verarbeitung widersprochen; in diesem Fall gilt die Einschränkung für einen Zeitraum, bis festgestellt ist, ob die berechtigten Gründe des für die Verarbeitung Verantwortlichen gegenüber den berechtigten Gründen der betroffenen Person überwiegen.

Wenn die Verarbeitung Beschränkungen unterliegt, werden diese personenbezogenen Daten, abgesehen von der Speicherung, nur von dem Nutzer verarbeitet

oder zur Feststellung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet den Nutzer, auf dessen Antrag die Verarbeitung eingeschränkt wurde, im Voraus über die Aufhebung der Einschränkung der Verarbeitung.

Pflicht zur Meldung der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung

Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet jeden Empfänger, dem die personenbezogenen Daten mitgeteilt wurden, über die Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Auf Anfrage informiert der für die Verarbeitung Verantwortliche den Nutzer über diese Empfänger.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Der Nutzer hat das Recht, die ihn betreffenden personenbezogenen Daten, die er dem für die Verarbeitung Verantwortlichen zur Verfügung gestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen für die Verarbeitung Verantwortlichen zu übermitteln. Auf Wunsch des Nutzers kann der für die Verarbeitung Verantwortliche die verarbeiteten Daten im PDF- und/oder CSV-Format exportieren.

Recht auf Widerspruch

Der Nutzer kann der Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten widersprechen, wenn die Verarbeitung

- für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem für die Verarbeitung Verantwortlichen übertragen wurde;
- zur Wahrung der berechtigten Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich sind;
- auf der Grundlage des Profilings.

Im Falle des Widerspruchs des Nutzers darf der für die Verarbeitung Verantwortliche die personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, der Nutzer weist nach, dass die Verarbeitung durch zwingende schutzwürdige Gründe gerechtfertigt ist, die die Interessen, Rechte und Freiheiten des Nutzers überwiegen oder mit der Feststellung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen zusammenhängen.

Werden personenbezogene Daten zum Zwecke der Direktwerbung oder des Profilings verarbeitet, so hat der Nutzer das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen. Widerspricht der Nutzer der Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke des Direktmarketings, so dürfen die personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet werden.

Maßnahmen des für die Verarbeitung Verantwortlichen in Bezug auf den Antrag des Nutzers

Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet den Nutzer unverzüglich, spätestens jedoch einen Monat nach Eingang des Antrags, über die Maßnahmen, die aufgrund des Antrags auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Widerspruch und Übertragbarkeit getroffen wurden. Falls erforderlich, kann diese Frist unter Berücksichtigung der Komplexität des Ersuchens und der Zahl der Ersuchen um weitere zwei Monate verlängert werden. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet den Nutzer innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags über die Fristverlängerung unter Angabe der Gründe für die Verzögerung. Hat der Nutzer den Antrag auf elektronischem Wege gestellt, werden die Informationen nach Möglichkeit auf elektronischem Wege erteilt, es sei denn, die betroffene Person wünscht etwas anderes.

Wird der für die Verarbeitung Verantwortliche auf den Antrag des Nutzers hin nicht tätig, so unterrichtet er den Nutzer unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags, über die Gründe für die Untätigkeit und über das Recht, bei einer Aufsichtsbehörde Beschwerde einzulegen und einen gerichtlichen Rechtsbehelf einzulegen.

Auf Ersuchen des Nutzers werden die Informationen, die Auskünfte und die aufgrund des Ersuchens ergriffenen Maßnahmen unentgeltlich erteilt. Ist das Ersuchen des Nutzers offenkundig unbegründet oder unverhältnismäßig, insbesondere weil es sich um eine Wiederholung handelt, so ist der für die Verarbeitung Verantwortliche vorbehaltlich der Erteilung der angeforderten Informationen oder Auskünfte oder

die Verwaltungskosten für die Durchführung der beantragten Maßnahme, kann der für die Verarbeitung Verantwortliche eine angemessene Gebühr erheben oder die Bearbeitung des Antrags ablehnen. Die Beweislast dafür, dass der Antrag offensichtlich unbegründet oder unverhältnismäßig ist, liegt bei dem für die Verarbeitung Verantwortlichen.

5) DATENSICHERHEIT

Der für die Verarbeitung Verantwortliche verpflichtet sich, die Sicherheit der Daten zu gewährleisten, technische und organisatorische Maßnahmen zu ergreifen und Verfahrensregeln festzulegen, um den Schutz der erfassten, gespeicherten oder verarbeiteten Daten zu gewährleisten und ihre Vernichtung, unbefugte Verwendung oder unbefugte Änderung zu verhindern. Sie verpflichtet sich außerdem, alle Dritten, an die sie Daten aufgrund der Zustimmung der Nutzer weitergibt oder offenlegt, zur Einhaltung der Datensicherheit zu verpflichten.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche stellt sicher, dass die verarbeiteten Daten nicht von Unbefugten eingesehen, offengelegt, übermittelt, geändert oder gelöscht werden können. Auf die verarbeiteten Daten dürfen nur der für die Verarbeitung Verantwortliche und seine Mitarbeiter oder ein von ihm beauftragter Datenverarbeiter zugreifen, und sie dürfen von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen nicht an Dritte weitergegeben werden, die nicht zum Zugriff auf die Daten berechtigt sind.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche unternimmt alle Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die Daten nicht versehentlich beschädigt oder zerstört werden. Der für die Verarbeitung Verantwortliche verpflichtet seine an der Datenverarbeitung beteiligten Mitarbeiter, diese Verpflichtungen einzuhalten.

Der Nutzer erkennt an und akzeptiert, dass im Falle der Angabe seiner personenbezogenen Daten auf der Website trotz der Tatsache, dass der für die Datenverarbeitung Verantwortliche modernste Sicherheitsmaßnahmen ergreift, um einen unbefugten Zugang zu den Daten oder deren Weitergabe zu verhindern, die Daten im Internet nicht vollständig geschützt werden können. Sollte es trotz unserer Bemühungen zu einem unbefugten Zugriff oder einer unbefugten Weitergabe von Daten kommen, haftet der für die Verarbeitung Verantwortliche weder für eine solche Aneignung oder einen solchen unbefugten Zugriff noch für einen Schaden, der dem Nutzer dadurch entsteht. Darüber hinaus kann der Nutzer personenbezogene Daten auch an Dritte weitergeben, die diese zu unrechtmäßigen Zwecken oder auf unrechtmäßige Weise verwenden können.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche erhebt unter keinen Umständen sensible Daten, d. h. Daten über die rassische oder ethnische Herkunft, die Zugehörigkeit zu nationalen oder ethnischen Minderheiten, politische Meinungen oder Parteizugehörigkeiten, religiöse oder philosophische Überzeugungen, die Zugehörigkeit zu politischen Organisationen, den Gesundheitszustand, Erkrankungen, pathologische Abhängigkeiten, das Sexualleben oder Vorstrafen.

6) UMGANG MIT UND MELDUNG VON DATENSCHUTZVERLETZUNGEN

Eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten ist jedes Ereignis, das zu einer unrechtmäßigen Verarbeitung oder Behandlung personenbezogener Daten führt, die von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen verarbeitet, übermittelt, gespeichert oder gehandhabt werden, insbesondere unbefugter oder versehentlicher Zugriff, Veränderung, Offenlegung, Löschung, Verlust oder Zerstörung, versehentliche Zerstörung oder versehentliche Beschädigung personenbezogener Daten.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche meldet dem NAIH eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten unverzüglich und spätestens 72 Stunden, nachdem er von der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten Kenntnis erlangt hat, es sei denn, der für die Verarbeitung Verantwortliche kann nachweisen, dass die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten wahrscheinlich nicht zu einem Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen führen wird. Kann die Meldung nicht innerhalb von 72 Stunden erfolgen, so ist in der Meldung der Grund für die Verzögerung anzugeben, und die erforderlichen Informationen können ohne weitere unangemessene Verzögerung im Einzelnen übermittelt werden. Die NAIH muss mindestens die folgenden Informationen enthalten:

- die Art der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten, die Anzahl und Kategorie der betroffenen Personen und der personenbezogenen Daten;
- Name und Kontaktangaben des für die Verarbeitung Verantwortlichen;
- die wahrscheinlichen Folgen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten;
- die Maßnahmen, die ergriffen wurden oder geplant sind, um die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu bewältigen, zu verhindern oder zu beheben.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet die betroffenen Personen innerhalb von 72 Stunden nach Entdeckung der Datenschutzverletzung über die Website des für die Verarbeitung Verantwortlichen über die Datenschutzverletzung. Die Mitteilung muss mindestens die unter dieser Nummer genannten Informationen enthalten.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche bewahrt Aufzeichnungen über die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten auf, um die Maßnahmen zu überwachen, die im Zusammenhang mit der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten ergriffen wurden, und um die betroffenen Personen zu informieren. Das Register enthält die folgenden Daten:

den Umfang der betroffenen personenbezogenen Daten;

den Umfang und die Anzahl der betroffenen Personen;

das Datum der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten;

die Umstände und Auswirkungen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten;

die Maßnahmen, die zur Behebung der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten ergriffen wurden.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche bewahrt die Daten in dem Register für einen Zeitraum von 5 Jahren ab dem Zeitpunkt der Datenverletzung auf.

7) MÖGLICHKEITEN DER DURCHSETZUNG

Der für die Verarbeitung Verantwortliche unternimmt alle Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten im Einklang mit dem Gesetz erfolgt. Sollte der Nutzer jedoch der Meinung sein, dass dies nicht der Fall ist, kann er sich schriftlich an die in Punkt 1 genannten Kontaktdaten wenden.

Fühlt sich der Nutzer in seinem Recht auf den Schutz personenbezogener Daten verletzt, kann er sich nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften an die zuständigen Stellen wenden

Nationale Behörde für Datenschutz und Informationsfreiheit (Adresse: 1055 Budapest, Falk Miksa utca 9-11.; ugyfelszolgalat@naih.hu; www.naih.hu) bei Hofe.

8) SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Dieser Informationshinweis unterliegt ungarischem Recht, insbesondere dem Gesetz CXII von 2011 über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Informationsfreiheit, dem Gesetz CVIII von 2001 über bestimmte Aspekte von Diensten des elektronischen Geschäftsverkehrs und der Informationsgesellschaft sowie der Verordnung (EU) Nr. 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 95/46/EG.

Budapest, 16.03.2022.